

p.B.15.21.GB (5) - WA/bt
p.B.72.9.15.1.

Bern, den 6. Dezember 1977

VERTRAULICH

Besuch von Frank Judd, MP, Staatsminister im Foreign and Commonwealth Office, vom 11. November 1977

A u f z e i c h n u n g

der Arbeitssitzung im Bundeshaus, Konferenzzimmer W 240,
Westbau, 15.30 - 18.00 Uhr.

Traktandenliste

1. Europäische Fragen (Verhältnis EG-EFTA; Europarat)
2. Ost-West-Beziehungen und KSZE
3. Atlantische Beziehungen
4. Südliches Afrika
5. Naher Osten
6. UNO (wurde aus Zeitgründen nicht behandelt)

Schweizerische Delegation

Herr Botschafter A. Weitnauer	Generalsekretär des EPD
Herr Botschafter A. Hegner	Chef der Politischen Abt. I
Herr Botschafter J. Iselin (für 4+5)	Chef der Politischen Abt. II
Herr Botschafter J. Cuendet	Chef des Politischen Sekretariats
Frau Botschafter F. Pometta	Chef der Politischen Abt. III
Herr Botschafter C. Sommaruga	Handelsabteilung
Herr E. Andres (für 2)	Chef Information und Presse
Herr A. Maillard	Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung I
Herr Y. Moret (für 1)	Stellvertreter des Chefs der Politischen Abt. I (Europarat)
Herr Chr. Fässler	Integrationsbüro
Herr K. Wyss	Politische Abt. I (Aufzeichnung)



Britische Delegation

Mr. Frank Judd	MP, Minister of State at the FCO
Mr. A.K. Rothnie	British Ambassador in Switzerland
Mr. David Goodall	Counsellor and Head of Western European Department, FCO
Mr. Patrick Grier	Counsellor, British Embassy, Berne
Miss Carolyn Sinclair	First Secretary and Private Secretary to Mr. Judd
Mr. Adrian Hill	Second Secretary, British Embassy, Berne

Herr Weitnauer heisst J. und seine Delegation willkommen und unterstreicht die Bedeutung, welche die Schweiz bilateralen Gesprächen dieser Art und insbesondere solchen mit dem Vereinigten Königreich beimisst.

Herr Judd hebt seinerseits die freundschaftlichen Bande hervor, welche sein Land und insbesondere seine Familie mit der Schweiz verbinden. Als Gradmesser hiefür sei die Tatsache zu werten, dass er aus innenpolitischen Gründen den Besuch in Oesterreich verschoben habe, nicht jedoch denjenigen in der Schweiz. Die Schweiz sei ein Zentrum des internationalen Geschehens. Für ihn als Politiker gelte der Grundsatz der totalen Interdependenz der internationalen Gemeinschaft.

Bezüglich der Wirtschaftskrise Grossbritanniens meint J., dass die Gesundheitstendenzen die noch vor einem Jahr gemachten kühnsten Erwartungen übertroffen hätten. Er erwähnt lobend das aktive schweizerische Mitwirken an der internationalen Stützungsaktion der englischen Währung in schweren Zeiten, was sich für die Zukunft als "a good Swiss investment" erweisen sollte. Im übrigen ist J. mit dem Themenkatalog einverstanden.

1. Europäische Fragen

Herr Weitnauer erläutert einleitend die schweizerische Mitgliedschaft in verschiedenen internationalen Organisationen (OECD, EFTA, Europarat) und erklärt, weshalb dies in anderen Fällen (EG, NATO) nicht möglich ist, auch wenn sich die Schweiz mit Ueberzeugung als zum westlichen Europa zugehörig fühlt.

1.1. Beziehungen EG-EFTA

An der Gipfelkonferenz der EFTA-Staaten in Wien, die einer Bestandesaufnahme über die Verwirklichung des europäischen Freihandels und einem Meinungsaustausch über die Weitergestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa diente, wurde mit Nachdruck festgestellt, dass ein Auseinanderklaffen zwischen EG und EFTA zu vermeiden und auf pragmatische Weise die gesamt-europäische Zusammenarbeit in parallelen Linien, etwa bei den Bemühungen im technischen Bereich sowie bei der Ausarbeitung rechtlicher Normen, voranzutreiben sei. Grossbritannien ist als ehemaliges EFTA-Mitglied und jetzt wichtiger EG-Staat speziell aufgerufen, sich bei der Entscheidungsfindung innerhalb der Gemeinschaft dafür zu verwenden, dass die ausserhalb der EG stehenden europäischen Länder nicht vergessen werden. Dies betrifft etwa die rechtzeitige Einschaltung der EFTA-Staaten in den Erweiterungsprozess der EG, indem die EFTA parallel mit der Gemeinschaft auf den Einbezug von Spanien, Portugal und Griechenland ins europäische Freihandelssystem hinarbeiten möchte. Freihandel in ganz Westeuropa müsse das Endziel sein. Diese drei Länder trachteten jedoch nach einem "volet agricole"; die EFTA-Staaten wären bereit zu prüfen, Agrarprodukte aus diesen Mittelmeerländern vermehrt hereinzulassen, was schliesslich auch der Gemeinschaft zugute käme.

Herr Judd ist der Meinung, dass eine solche Haltung sowohl im Interesse des UK wie auch der EFTA und damit der Schweiz sei. Grossbritannien sei sich der Schwierigkeiten durchaus bewusst, die es gerade mit Spanien angesichts der nicht gleichgelagerten Wirtschaftsinteressen zu erwarten habe. Die Gemeinschaft wünscht jedoch, Schrittmacher jeglicher Zusammenarbeit zu bleiben; deshalb "good luck to EFTA if it can march on at the same pace". J. ist persönlich beeindruckt vom Ausmass der politischen Kooperation innerhalb der Neun; diese muss als eindrücklicher Erfolg gewertet werden. Eine Vertiefung der Beziehungen innerhalb der Staaten der Gemeinschaft dürfte allerdings nicht einfach auf Kosten der Interdependenz mit den Nichtmitgliedstaaten erfolgen. Deshalb müssten sich die EFTA-Staaten und die EG auf bilateraler wie auch multilateraler Ebene ständig um gute Beziehungen bemühen und auftauchende Probleme auf pragmatische Weise, unter Vermeidung jeder Institutionalisierung dieser Beziehungen, zu beseitigen trachten.

Herr Sommaruga: Die britische Reaktion auf die Erklärung des Wiener EFTA-Gipfels sowohl innerhalb wie ausserhalb der Europäischen Gemeinschaft verdiene unseren Dank; die gesamteuropäische Rechtsharmonisierung müsse nun vertieft werden; die EFTA-Staaten versuchten, mit Spanien zu einem multilateralen Interimsabkommen zu gelangen, welches auf der Basis der Gegenseitigkeit den EFTA-Erzeugnissen in Spanien die gleiche Behandlung einräumen würde wie denen der EWG.

Herr Judd: Was das Verhältnis Grossbritanniens zur Gemeinschaft anbelangt, bezieht sich J. auf das Schreiben, welches Premierminister Callaghan am Vorabend der kürzlichen Labour-Party-Konferenz an den Generalsekretär seiner Partei gerichtet hatte und worin das britische "commitment in terms of practical politics" gegenüber Europa ihren Ausdruck finde. Die endgültige britische Hinwendung

zur Gemeinschaft sei vollzogen und deshalb sei es nur natürlich, dass man sich britischerseits klare, bestimmte Vorstellungen über die Zukunft der EG mache. J. sieht die Gemeinschaft als "organically evolving body" und zählt in Anlehnung an die 6 im Brief enthaltenen Schlüsselemente folgende Punkte auf:

1. Aufrechterhaltung des Einflusses ("authority") nationaler Regierungen und Parlamente;
2. Vermehrte echt demokratisch-parlamentarische Kontrolle über gewisse EG-Angelegenheiten.
3. Die Gemeinschaftspolitik habe der Notwendigkeit gewisser nationaler und regionaler Zielsetzungen Rechnung zu tragen.
4. Reform der EG-Agrarpolitik, um u.a. die Ueberproduktion zu eliminieren.
5. Die Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik, die mit nationalen Interessen vereinbar sei, was gerade für das UK von fundamentaler Bedeutung ist.
6. Was die Erweiterung der Gemeinschaft betrifft, sei London "absolutely fundamentally committed to enlargement".

Herr Weitnauer hebt die erstaunliche Wandlung Callaghans hervor, den er seinerzeit als Gegner eines britischen Beitritts EG gekannt habe, und dessen Ansichten sich nun in entgegengesetzter Richtung entwickelt hätten.

Herr Judd zieht bezüglich EG-Struktur den "confederal approach" der Zentralisation vor. Es gehe um die Erfüllung des Geistes und nicht nur des Buchstabens des Römer-Vertrages. Ein solches Europa sei schlussendlich stärker als ein zentralisiertes. Um in einer freien, offenen Gesellschaft zu leben, werde grössere Dezentralisation benötigt. Der Rahmen müsse weit gesteckt sein und könne nur so den Menschen ein Maximum an Freiheit und Zusammenarbeit bieten.

- 6 -

Zur Rolle des europäischen Parlaments meint J., dass nicht von einem Parlament, sondern von einer Versammlung gesprochen werden müsse. Diese sei im Unterschied zu einem nationalen Parlament eine internationale beratende Körperschaft ("international consultative body with an advisory role"). Die entscheidende Bedeutung komme dem Ministerrat zu. Für Grossbritannien gehe es darum, die Position der Minister im eigenen nationalen Parlament zu festigen.

Herr Hegner: Wäre es denkbar, dass das UK Brüssel mehr Macht überträgt, ohne Gleiches mit dem Europäischen Parlament zu tun?

Herr Judd verneint dies mit dem Hinweis auf das pragmatische Angehen dieses Problemkreises. Die einmal direkt gewählte Versammlung werde zweifellos um grössere Macht kämpfen. Persönlich neige J. der Ansicht zu, dass eine solche Versammlung von den Heim-Parlamenten eifersüchtig als eine Art Konkurrenzorgan betrachtet und dementsprechend einer strengen Kontrolle unterzogen werde.

Herr Weitnauer pflichtet bei, dass er schwerlich sehe, wie Grossbritannien die Prärogative des Parlamentes von Westminster aufzugeben bereit wäre.

1.2. Europarat

Herr Weitnauer hebt hervor, dass wir die Bemühungen für eine Intensivierung der Tätigkeit des Europarates, der die Neun und Nicht-Neun umfasst, unterstützen. Die Schweiz könne sich über eine ansehnliche Zahl politischer Konsultationen im Europarat, wie etwa die KSZE-Expertentreffen, ausweisen.

Herr Judd sieht im Europarat zwei Aufgaben: Zum einen sei er ein politisches Forum, zum andern habe er sich hauptsächlich mit der Tätigkeit auf dem Gebiet des Menschenrechts-

- 7 -

schutzes zu befassen. Die politische Zusammenarbeit sei zwar wichtig, aber die Menschenrechtsfrage sollte nicht mit Politik vermischt werden. Die kürzlich hinsichtlich Zypern eingeschlagene Linie gebe zu Besorgnis Anlass und stelle einen schlechten Präzedenzfall dar. Die eigentliche Gefahr für Institutionen wie den Europarat, der sich mit den Menschenrechten befasst, sei Aushöhlung und nicht Zerstörung ("erosion and not demolition"). Man sei sich der Gefahr im Moment kaum bewusst, es gelte jedoch vorsichtig zu sein.

Herr Hegner bringt die Nachfolgefrage des Generalsekretärs und des stellvertretenden Generalsekretärs zur Sprache. Ueber den jetzigen Generalsekretär brauche man nicht viele Worte zu verlieren; die einzig gültige Alternative sei ein neuer Generalsekretär. Da der Generalsekretär und sein Stellvertreter ein Team bilden sollten, wäre es angezeigt, den Posten des Stellvertreters bis zur Wahl des neuen Generalsekretärs vakant zu lassen. Wir hätten von einer möglichen skandinavischen Kandidatur für den Posten des Generalsekretärs Kenntnis. Als stellvertretender Generalsekretär könnte der Deutsche Golsong in Frage kommen oder ein guter französischer Kandidat, was ein vermehrtes Interesse der französischen Behörden an Strassburg zur Folge haben könnte.

Herr Judd teilt die Auffassung, dass die jetzige Situation in Strassburg in der Tat besorgniserregend ("worrying") sei, wobei er zwischen "hysterical laughter and getting very angry" hin und her gerissen werde. Der Vorschlag eines Skandinaviens als Generalsekretär sei bestechend, ebenso die Idee eines Franzosen für den Stellvertreterposten. Das Ganze würde britischerseits geprüft.

Herr Goodall dankt der schweizerischen Seite dafür, das Problem aufgegriffen zu haben, weil es niemand zur Sprache

bringen wolle. Da das UK keine eigenen Kandidaten für die beiden Posten zu stellen habe, könne britischerseits das Problem unvoreingenommen und zum Vorteil der Organisation angegangen werden. Allerdings sei bisher seitens UK die Frage der Wahl des neuen stellvertretenden Generalsekretärs noch nicht eingehend geprüft worden. Deshalb sei die Idee, die Wahl des Stellvertreters mit derjenigen des Generalsekretärs in Verbindung zu bringen, neu für die britische Seite. Die schweizerische Vorstellung eines skandinavischen und eines französischen Anwärters würde von Grossbritannien günstig aufgenommen. Immerhin gelte es den Boden zu bereiten und der Bundesrepublik klar zu machen, dass es nicht einfach um Persönlichkeiten, sondern um ein wichtigeres Problem geht. London habe jedoch den Eindruck gewonnen, man wisse in Bonn, dass die gegenwärtige Lage untragbar sei.

2. Ost-West-Beziehungen und KSZE

Herr Weitnauer stellt fest, dass die Sowjets lange Zeit gebraucht hätten, um Präsident Carter vorsichtig als Partner zu akzeptieren. Dabei gebe es keine Alternative zur Entspannung. Schweizerischerseits engagierten wir uns in vermehrtem Masse in den Bemühungen um den Abbau von Spannungen (aktives Engagement an KSZE). Dies beeinträchtigt unsere Neutralität keineswegs.

Herr Judd kommt aufgrund seiner Analyse zu einer ähnlichen Schlussfolgerung: Es sei in letzter Zeit ein höheres Mass an Verständigungsbereitschaft zwischen den USA und der UdSSR feststellbar. Die Sowjets hätten gemerkt, dass einige von Carters Anliegen, wie etwa die Menschenrechtsfrage, einem echten Bedürfnis des amerikanischen Nonkonformismus ("genuine commitment of American non-

conformism") entsprächen und nicht bloss ein Kunstgriff ("device") seien, um in die Zeit des Kalten Krieges zurückzufallen. Die Amerikaner hätten umgekehrt gelernt, dass beim Einstehen für Werte, an denen ihnen gelegen ist, ein subtileres Vorgehen unerlässlich sei. Breschnews Rede zur 60-Jahr-Feier sei wegen ihres gemässigten Tones bedeutungsvoll. Breschnew verrate menschliche Regungen und sei um einen Platz in der Geschichte bedacht; am Ende seiner Karriere angelangt, müsste es für ihn niederschmetternd sein, als Mann in die Geschichtsbücher einzugehen, dessen Politik letzten Endes Schiffbruch erlitten habe. Die gemeinsame sowjet-amerikanische Erklärung über den Nahen Osten vom 1.10.1977 und das sowjetische Verhalten in der Rhodesienfrage gäben zu gemässigtem Optimismus Anlass. Aber bei allen ermutigenden Anzeichen gelte es vor Augen zu halten, dass schliesslich nur Resultate zählen, um die hart gerungen werden müsste, und dass Entspannung nicht von Abrüstung getrennt werden kann. Ueber den Verlauf der SALT-Verhandlungen sei J. zuversichtlicher als über die MBFR.

Herr Weitnauer: Die Sowjetunion ist eine ausgesprochen konservative Macht; die führenden Persönlichkeiten seien alt und Aenderungen in der Politik abgeneigt. Herr Brzezinski habe Herrn Weitnauer gegenüber zur Beschreibung des Kolosses Sowjetunion das Bild des "Eisbrechers" verwendet. Breschnew habe die Entspannung mit der Oeffnung seines Landes für die westliche Technologie verbunden. Dies sei an sich ermutigend, aber in einer Diktatur wisse man nie, was folgen werde.

KSZE

Der bisherige Gang der Belgrader Konferenz entspreche etwa unseren Vorstellungen; jetzt gelte es aber, die

- 10 -

eigentlichen Probleme in Angriff zu nehmen. Was den schweizerischen Vorschlag für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten anbelangt, wäre uns daran gelegen, für das im Oktober 1978 in Lugano vorgesehene Expertentreffen die Zustimmung aller Teilnehmerstaaten, inklusive Grossbritanniens, zu haben. Die Schweiz unterstützt den bundesdeutschen Vorschlag eines wissenschaftlichen Forums.

Was den schweizerischen Vorschlag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Journalisten und zum Informationsaustausch anbelangt, seien wir von dessen Nützlichkeit überzeugt. Es sei unsere Aufgabe, die Arbeit der Journalisten, die eine Art Verfechter demokratischen Gedankengutes seien, zu erleichtern. Schweizerischerseits seien wir daran interessiert zu vernehmen, was andere Länder von der Einberufung eines Expertentreffens zur Durchberatung dieses Vorschlags halten.

Herr Andres präzisiert angesichts gewisser britischer Bedenken, wie sie etwa im NZZ-Artikel vom 11.11.77 zum Judd-Besuch zum Ausdruck kommen, dass schweizerischerseits keineswegs beabsichtigt sei, auf dem Gebiete der Information Kompetenzen zu beanspruchen, welche eindeutig den Medienverbänden zukommen. Zweck des schweizerischen Vorschlages sei lediglich, über eine von Regierungs- und Medienexperten vorzubereitende Konvention die Arbeitsbedingungen für ausländische Journalisten (soweit diese von administrativen Massnahmen des Staates abhängig sind) zu erleichtern. Darüber hinaus soll der Vorschlag in bezug auf den verbesserten Informationsaustausch den Rahmen für direkte Absprachen zwischen den interessierten Medienverbänden bzw. -organismen schaffen, wobei die Regierungen nach dieser Starthilfe wieder in den

- 11 -

Hintergrund treten würden.

Herr Judd ist der Auffassung, dass verantwortungsvoller Journalismus in der freien Welt tatsächlich ein Stützpfeiler unserer Gesellschaft sei. Diesbezüglich habe er eine grosse Achtung gerade vor der schweizerischen Presse. Der schweizerische Vorschlag sei interessant, aber er müsse britischerseits noch einer genauen Prüfung unterzogen werden. J. versprach, nach seiner Rückkehr nach London mit Lord Goronwy-Roberts darüber zu sprechen.

Herr Sommaruga: Bezüglich Korb II bemühe sich die Schweiz, den Wortlaut der Schlussakte von Helsinki in den bilateralen Wirtschafts- und Handelsabkommen anzuwenden, was nicht immer ein leichtes Unterfangen sei. Wir begrüßten ebenfalls den Vorschlag der Neun zur Verbesserung der Geschäftskontakte. Das grösste Problem sei auf dem Gebiete der Energie zu verzeichnen, wo neben dem Wunsch Breschnews nach paneuropäischen Konferenzen auch ein österreichischer Vorschlag vorliege. Schweizerischerseits würden bilaterale Kanäle als zweckmässiger betrachtet. Sollte es in der Energiefrage ein follow-up geben, dann wäre die ECE der geeignete Rahmen hiezuhin, ähnlich wie das mit der Behandlung des Themas "Umwelt" der Fall war, worüber bekanntlich bereits eine ECE-Zusammenkunft auf hoher Ebene stattgefunden habe. Es müsse auf jeden Fall vermieden werden, dass allzuviel Politik in diese Frage hineingebracht werde .

Herr Judd nimmt zur Kenntnis, dass uns der österreichische Vorschlag betreffend Energie - aber auch derjenige betreffend Binnenschifffahrt - zu Bedenken Anlass gebe. Die Reaktion der EG zu den österreichischen Vorschlägen sei sehr zurückhaltend ("the EEC would be very cautious").

3. Atlantische Beziehungen

Herr Judd: Die atlantische Dimension sei der absolut notwendige Stützpfiler für Westeuropa. Dementsprechend sei die britische Aussenpolitik zu einem grossen Teil darauf ausgerichtet. Die atlantischen Beziehungen seien gut und dynamisch, auch wenn es kritische Analysen über das "open democratic system" gebe und die Ausgabenlast hauptsächlich den Amerikanern Sorge bereite. Grossbritannien selber gebe mit 5-6% des BSP mehr als jedes andere westeuropäische Land für Verteidigungszwecke aus; der britische Anteil von Forschung und Entwicklung am Verteidigungsbudget sei sogar höher als der jedes andern NATO-Staates, inklusive USA! Es sei zu hoffen, dass die übrigen westeuropäischen NATO-Staaten sich vermehrt am "burden-sharing" beteiligen. Die Verteidigungskraft könne nicht von der wirtschaftlichen Stärke getrennt werden. Wichtig sei auch, wie das Geld ausgegeben werde. Bei der Rationalisierung von Ausrüstung und militärischer Effizienz seien in der "European Planning Group" Fortschritte zu verzeichnen, aber im Vergleich zum Warschau-Pakt, der mit seiner Standardisierung weiter fortgeschritten sei, bleibe noch viel zu tun. Dafür sei der politische Wille in der NATO ausgeprägter als auch schon.

Eine wirkungsvolle Allianz (=NATO) als Garant kollektiver Sicherheit müsse als eine unabdingbare Voraussetzung ("corollary") für eine ernsthafte Hinwendung zur Entspannung gesehen werden.

Herr Goodall: verglichen mit der Zeit vor drei bis vier Jahren, als der NATO die Gefahr der Ausfaserung ("unravelling process", beispielsweise der Mansfield-Plan eines US-Truppenabbaus) drohte, habe sich die Lage heute

verbessert, obwohl die NATO durch Standardisierung und andere Massnahmen noch verstärkt werden könnte. Die MBFR-Verhandlungen hätten jedoch eine günstige erzieherische und kohäsive Wirkung auf die Allianz gehabt. Das UK habe soeben mit der Bundesrepublik eine endgültige Ausgleichsvereinbarung ("terminal off-set agreement") betreffend die Britische Rheinarmee abgeschlossen, deren Bedeutung darin bestehe, dass die britischen Truppen aus der Sicht Grossbritanniens nicht mehr nur eine Gunstbezeugung gegenüber der BRD sind, sondern dass deren Anwesenheit in der BRD der gemeinsamen Verteidigung dient und dadurch auch im Interesse des UK liegt.

Herr Judd warnt davor, dass das Thema Abrüstung langfristig gesehen nicht zu einer wirklichkeitsfremden intellektuellen Übung wird. Die Bemühungen um Abrüstung müssten auf jeden Fall weitergeführt werden, aber sie hätten im Vertrauen auf die eigene Stärke zu erfolgen.

Der maritimen Dimension komme eine grosse Bedeutung zu. Dabei sollten die Flottenanstrengungen der Amerikaner und Briten nicht unterschätzt werden. Die sowjetische Herausforderung sei eine Tatsache. Admiral Gorschkow sei ungewollt ehrlich gewesen, als er hinsichtlich der sowjetischen Aufrüstung zur See einmal sagte, jede imperialistische Macht hätte eine grosse Flotte gehabt! Allerdings sei der Westen nicht darauf angewiesen, Schiff mit Schiff zu vergleichen. Es komme darauf an, die Sowjets im entscheidenden Moment wissen zu lassen, dass jeglicher Versuch, die Verbindungswege zwischen den USA und Europa zu unterbinden, eine grössere Krise und ein Umschlagen der westeuropäischen Politik zur Folge hätte.

- 14 -

Wenn man in einer offenen Gesellschaft für Werte einsteht, die als verteidigungswürdig gelten, komme der Qualität der Bemühungen viel grössere Bedeutung zu als deren Quantität. Das sei ein grosser Vorteil gegenüber einem Land wie der Sowjetunion. Der fortschreitende Demokratisierungsprozess in Griechenland und Portugal habe eindeutig zu einer Qualitätsverbesserung in den Verteidigungsanstrengungen geführt, während die früheren Diktaturen in diesen Ländern der NATO geschadet und die westlichen Verteidigungsanstrengungen teilweise kompromittiert hätten.

Herr Weitnauer: Die kürzlichen Gespräche in den USA hätten ergeben, dass die Amerikaner die Lage ganz ähnlich einschätzten: Die NATO sei dem Warschauerpakt in fast allen Bereichen stark überlegen. Die Gefahr bestehe jedoch, dass die Russen irrational reagieren könnten. Die USA seien trotz aller Krisen die dominierende Macht geblieben, denn alles was dort geschieht, habe sogleich weltweite Implikationen. Schweizerischerseits würden die Verteidigungsanstrengungen Grossbritanniens voll gewürdigt.

4. Südliches Afrika

Herr Judd: Was Rhodesien anbelangt müsse hingenommen werden, dass ohne die "patriotische Front" nicht geschehen wäre. Es würde aber an Zynismus grenzen, die Unabhängigkeitsbewegungen ungehindert wirken zu lassen und dem Blutvergiessen keinen Einhalt gebieten zu wollen. Es sei die Pflicht der westlichen Welt zu helfen; deshalb seien die Initiativen von Kissinger und Owen - entgegen der Meinung einiger Leute - eine unbedingte Notwendigkeit, weil sie einen friedlichen Uebergang begünstigten.

- 15 -

In Südafrika seien die Vorgänge des letzten Monats erschütternd. Es sei allerhöchste Zeit etwas zu unternehmen, da das letzte Kapitel in der südafrikanischen Geschichte angebrochen sei. Aus diesem Grund komme der UNO-Resolution Nr. 418 vom 4.11.1977 historische Bedeutung zu. Ein Handelsembargo hätte angesichts der grossen Exporte nach und der Importe aus Südafrika sowie angesichts der dortigen bedeutsamen Investitionen von über 2 Mrd. Pfund für das UK, aber auch für andere europäische Länder, enorme Probleme gestellt. Das Waffenembargo sowie der Verhaltenskodex der Gemeinschaft seien viel realistischer. Bezüglich des letzteren hätten die Firmen zuweilen die daraus erwachsenden Schwierigkeiten übertrieben. Dabei sei es schon schwierig genug, zu vorgängigen Konsultationen innerhalb der EG zu kommen; doch im Interesse der Sache sollte kein Land darauf hoffen können, um einen Entscheid herumzukommen ("to sit on the fence"). Grossbritannien habe kein Interesse daran, dass dieser Rassenkonflikt in einen ideologischen Konflikt umschlägt.

Herr Weitnauer umreist die schweizerischen Interessen im südlichen Afrika. Es lebten rund 700 Schweizerbürger in Rhodesien und 6000 in Südafrika. Mit über sFr. 1,5 Mrd. machten die schweizerischen Investitionen in Südafrika ca. 5 % aller ausländischen Investitionen aus. Eine Eskalation der Gewalt in Südafrika müsse befürchtet werden. Gibt es diesbezüglich Anzeichen für Einflüsse von Aussen her?

Herr Judd habe Steve Biko vor dessen Ermordung getroffen und ihn als eine massvolle Persönlichkeit geschätzt. Biko kämpfte dagegen an, zu einem Gefangenen des kommunistischen Totalitarismus zu werden; andererseits habe ihm das westliche Unvermögen zu helfen zutiefst

- 16 -

beunruhigt. - Schon 1970 habe J. als "back bencher" zu H. Wilson gesagt, dass für die Zukunft des Südlichen Afrikas bedeutsam sei, was mit den portugiesischen Territorien geschehe. Die seitherige Entwicklung mit den unerwünschten Einmischungen aus diesen Gebieten habe ihm recht gegeben. Wollen Grossbritannien und die westliche Welt vor der Geschichte bestehen, seien sie dazu verdammt, alles zu unternehmen, was einen friedlichen Uebergang gewährleistet. Für das heutige Südafrika sei bezeichnend, dass die Gefahr einer ideologischen Konfrontation droht; zudem gäbe es die klassische vorrevolutionäre Situation, da die Struktur Südafrikas die Bildung eines Proletariats geradezu gefördert habe. Allzu lange hätte man das nicht zu Kenntnis nehmen wollen, und der Amerikanische Kongress habe sich darüber ausgeschwiegen. Immerhin habe Präsident Carter das Problem erkannt und werde den Kongress entsprechend bearbeiten müssen.

Herr Iselin legt dar, dass die Schweiz als Nichtmitglied der UNO gegenwärtig prüfe, wie der Südafrika-Resolution auf autonomer Basis nachgelebt werden könne. Im übrigen seien schweizerischerseits schon seit 1963 keine Bewilligungen für die Waffenausfuhr nach Südafrika erteilt worden, weshalb wir diesbezüglich eine reine Weste hätten. Mit bezug auf Punkt 3 der UN-Resolution (Lizenzen) stellten sich jedoch für uns Probleme:

- Für ein Verbot von neuen Lizenzen bestünden schweizerischerseits keine Rechtsgrundlagen. Existieren solche in Grossbritannien? Falls nicht, wird diesbezüglich etwas in Aussicht genommen?
- Was die Ueberprüfung bestehender Lizenzen und anderer Abmachungen betreffend die Herstellung und Wartung von Kriegsmaterial anbelangt, tauchten

- 17 -

Schwierigkeiten auf angesichts der Tatsache, dass ein südafrikanisches Gesetz besteht, wonach Betriebe zur Herstellung von Waffen angehalten werden können. Wie stellt sich das UK zu diesem Sachverhalt?

Herr Judd: Diese Frage könnte über die diplomatischen Vertretungen schriftlich abgeklärt werden.

Herr Sommaruga: Was den Verhaltenskodex internationaler Firmen mit Sitz in Südafrika betrifft, hätte es die Schweiz vorgezogen, diesbezüglich zum voraus ins Bild gesetzt zu werden. Wahrscheinlich würden unsererseits eigene Richtlinien herausgegeben.

Herr Judd: Die Herbeiführung einer Uebereinstimmung zwischen den Neun war schwierig genug; andere Länder beizuziehen wäre kaum möglich gewesen.

5. Naher Osten

Herr Weitnauer: Die Schweiz würde sich freuen, Gastgeber der Genfer Konferenz sein zu können. Wie Bundesrat Graber sagte, ist uns das Palästina-Problem voll bewusst, und wir begünstigten die Schaffung eines palästinensischen "home-land". Es bestünden enge Kontakte zum PLO-Verbindungsbüro in Genf. Schweizerischerseits sei man auch nicht abgeneigt, Kaduma zu empfangen. Andererseits unterhielten wir ausgezeichnete Beziehungen zu Israel. In unserem Land gewinne man manchmal den Eindruck, dass die öffentliche Meinung die Auseinandersetzung zwischen Israel und seinen Nachbarn dem Kampf zwischen David und Goliath gleichsetzt. Allerdings habe die Sympathie für Israel in letzter Zeit in dem Masse abgenommen, als auf arabischer Seite eher gemässigte Führer in Aegypten und Syrien stehen, welche der Idee der Suche nach einer friedlichen Lösung nicht abgeneigt seien. Manchmal habe man den Eindruck,

- 18 -

die Israelis spielten auf Zeit und seien gar nicht richtig an einer Friedensregelung interessiert. Unter diesen Umständen sei ein neuer Krieg in 1-2 Jahren nicht auszuschliessen. Sadat meine es wohl ehrlich, wenn er sagt, dass sein Land den Frieden wolle, da ein neuer Krieg sich von den vorhergehenden durch vermehrte Brutalität und Raketenangriffe auf die Zivilbevölkerung unterscheiden würde.

Herr Judd meint, dass die UK-Haltung zur PLO sich etwas von der unsrigen unterscheide, indem es britischen Ministern solange nicht erlaubt sei, mit der PLO in Kontakt zu treten, als diese keine Bereitschaft zeige, Israel anzuerkennen. Immerhin sei unter den Arabern vermehrter Realismus feststellbar. Die Libanesen befürchten, dass Israelis und arabische Extremisten ein Interesse daran hätten, den Bürgerkrieg weiter schwelen zu lassen, was die Genfer Konferenz in Frage stellen könnte.

1. Es sei einigermassen beunruhigend, dass Israel in die Hände extremer palästinensischer Gruppen gespielt haben könnte; Grossbritannien setze sich aber auf jeden Fall entschieden dafür ein, dass "Genf" erleichtert wird.
2. Auch wenn es langfristig keine Lösung geben könne, solange die Palästinenser nicht anerkannt seien (genauso wie umgekehrt auch die Existenz Israels anerkannt werden muss), müsse für die israelischen Vorurteile in der palästinensischer Sache ein gewisses Verständnis aufgebracht werden; so seien die israelischen Fragen berechtigt, wie man sich die Organisation eines palästinensischen Staates vorzustellen habe und wie dessen Beziehungen zur palästinensischen Emigration aussehen würden etc.

6. Verschiedenes

Schweizerischerseits werden die folgenden Punkte aufgeworfen:


- Frau Pometta:
1. Wird das UK an der nächsten Sitzung in Rom für die Aufnahme Namibias in die FAO stimmen?
 2. Der kritische Wunsch nach einer Reduktion u.a. des CERN-Budgets sei für die anderen Mitgliedstaaten beunruhigend, weil das mittelfristige Forschungsprogramm darunter leiden könnte. Es sei zu hoffen, dass Grossbritannien auf seinen Entschluss zurückkomme.
 3. Die beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen von 1949, die an der CDDH angenommen wurden, können ab 12.12.77 während 12 Monaten in Bern unterzeichnet werden. Wir würden uns glücklich schätzen, falls das UK - wie die Schweiz - am 12. Dezember unterzeichne.
 4. Die UNO wird in 2 Jahren eine Konferenz über Wissenschaft und Technologie durchführen. Da mit einer Ost-West-Auseinandersetzung zu rechnen sei, sei eine vorgängige Absprache unter den westlichen Staaten zu befürworten (Herr Sommaruga: die ECE werde diesbezüglich nächstes Jahr in Bukarest eine regionale Konferenz durchführen).

- Herr Sommaruga:
5. Der britischen Seite wird zur Kenntnis gebracht, dass der britischen Tochtergesellschaft der Gebrüder Sulzer AG bei der Lieferung von Gasturbinen und Turbokompressoren an die Shell Exploration (UK) Ltd. Schwierigkeiten (Bevorzugung britischer Produkte) widerfahren. Unter Ueberreichung eines entsprechenden Memorandums wird dem Wunsch Ausdruck verliehen, dass die Tätigkeit des "Offshore Supply Office" im Energiedepartement auf der Grundlage der anerkannten Prinzipien des internationalen Handels und der Nichtdiskriminierung erfolgt.

- Herr Judd: ad 1. Wie Grossbritannien abstimmen wird, dürfte von der Art der Mitgliedschaft ("full or associate membership"), um die Namibia nachsucht, abhängen. Eine rasche Antwort wird zugesichert.
- ad 2. Bei Ueberprüfung der öffentlichen Ausgaben habe das UK begonnen, eine harte, fast "schweizerische" Linie einzuschlagen, bevor es sich zu etwas verpflichtet. Immerhin würde das schweizerische Anliegen weitergeleitet.
- ad 3. Die zuständigen britischen Stellen seien daran, die Frage der Unterzeichnung - wozu gute Aussichten beständen - zu prüfen. Die Schweizer Botschaft in London werde über den Entscheid informiert.
- ad 4. Die britische Seite geht mit uns einig, dass die Notwendigkeit einer westlichen Zusammenarbeit besteht.
- ad 5. Die britische Seite nimmt vom schweizerischen Anliegen Kenntnis und sichert eine rasche Antwort zu.

J. benützt die Gelegenheit, um auf die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen hinzuweisen. Grossbritannien habe die finanzielle Krise endlich in den Griff bekommen. Es herrsche jetzt dort - entgegen anderslautenden Zeitungsberichten - ein gutes Investitionsklima. Unter Hinweis auf einen kürzlich von der britischen Botschaft in Bonn vorbereiteten Besuch deutscher Geschäftsleute in Grossbritannien stellt J. die Frage, ob nicht eine ähnliche Aktion mit schweizerischen Geschäftsleuten unternommen werden könne.

Herr Weitnauer findet die Idee wert, von der britischen Seite weiterverfolgt zu werden.


K. Wyss